

### **Ja, ich möchte im Wahlkampf aktiv werden**

und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Gerne können mich die Wahlkampf-Aktiv-Teams vor Ort oder auf Bundesebene über Wahlkampfaktivitäten informieren.

Frau  Herr  Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon/Mobil

E-Mail-Adresse

Datum, Ort

Unterschrift

Ausfüllen und per Post an unten stehende Adresse oder per Fax an 030/2 41 10 46 senden.  
Weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de).

Ihre Angaben werden in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Mit Ihrer Unterschrift erklären Sie dazu Ihr Einverständnis.

### **Kontakt**

DIE LINKE. WahlQuartier/Bereich Mobilisierung  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/2 40 09-999, Telefax: 030/2 40 09-541  
E-Mail: [mobilisierung@die-linke.de](mailto:mobilisierung@die-linke.de), [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

# Solidarität ist nötig! Informationen zum Bildungsstreik 2009

## **DIE LINKE.**

## **An alle Eltern, Lehrkräfte und Professorinnen und Professoren!**

DIE LINKE unterstützt die Proteste und Streiks von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden gegen die verfehlte Bildungspolitik der letzten Jahre. Die Betroffenen wehren sich zu Recht gegen das Kaputtsparen und die soziale Selektion im Bildungssystem.

### **Warum wird gestreikt?**

Von Beginn an werden Schülerinnen und Schüler in Schubladen des vielgliedrigen Schulsystems in vermeintlich Gute und weniger Gute sortiert. In den viel zu großen Klassen, ist eine individuelle Förderung und gemeinsames Lernen unmöglich. Unterrichtsausfall ist alltäglich und es gibt zu wenige Lehrkräfte, die diesen auffangen könnten. Die Schulzeitverkürzung und das Turboabitur verschärfen den ohnehin enormen Druck. Immer weniger Schülerinnen und Schüler können dem standhalten. Daher greifen diejenigen, die es sich leisten können auf teure private Nachhilfe zurück. Dies verstärkt die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem weiter.

Durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise wird sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze schon in diesem Jahr um 10 Prozent verringern. In der Ausbildung sind geringe Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und zu viele Überstunden längst bittere Realität. Und nur Wenige, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten, werden nach erfolgreichem Abschluss übernommen. Viele sind direkt von Hartz IV bedroht.

Wurde die Schule erfolgreich, zum Beispiel mit dem Abitur absolviert, geht das Aussortieren weiter: Studiengebühren verbauen in vielen Bundesländern den Zugang zur Hochschule und grenzen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise immer größere Bevölkerungsgruppen aus. In den Hochschulen ist die Situation ähnlich schlecht. Zu wenig Lehrpersonal kommt auf immer mehr Studierende, die Seminare sind überfüllt und das Lehrangebot wird immer weiter eingeschränkt. Der Leistungs- und Anwesenheitsdruck ist durch die Einführung des Bachelor-/Master-Systems enorm gestiegen. Ständige Prüfungen und starr vorgegebene Studienpläne machen die Hochschule zunehmend zur Lernfabrik und lassen kaum Platz für selbstbestimmtes Lernen und kritisches Denken.

## **Milliarden-Paket für die Bildung?**

Die Bundesregierung stellt zwar Geld in Aussicht, allerdings fördert sie damit eine vermeintliche Elite in Forschung und Lehre. Bessere Bedingungen für die ganz normalen Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten sind nicht vorgesehen. Spitze statt Breite – mit diesem Konzept führt die Bundesregierung die Bildung immer weiter in die Sackgasse.

Dies macht offensichtlich, wo die politischen Prioritäten der Bundesregierung liegen. Jetzt wird eine auf zehn Jahre angelegte 18 Milliarden Initiative angekündigt, welche auch 275 000 neue Studienplätze schaffen soll. Das ist zu wenig! Um einen mit anderen Industrieländern vergleichbaren Qualifikationsstand zu erreichen, müssten mindestens 40 Prozent der 18- bis 25-jährigen studieren. Dafür bräuchte es laut Kultusminister-Konferenz mindestens 420 000 Studienplätze, also fast das Doppelte von dem was die Bundesregierung jetzt schaffen will. Und: bei allen Ausgaben handelt es sich nur um Ankündigungen. Was die nach dem Kassensturz nach der Bundestagswahl noch wert sind, hängt auch vom politischen Druck ab.

Lange wurden sämtliche Bildungsforderungen mit dem Argument der leeren Kassen zurückgewiesen. Heute fließen hunderte Milliarden in die Rettung maroder Banken. Dies macht offensichtlich, wo die politischen Prioritäten der Bundesregierung liegen: Überall wird Bildung zum zentralen Zukunftsthema erklärt, außer Wahlkampfretorik wird jedoch nichts getan um die drängenden Probleme im Bildungsbereich tatsächlich zu lösen.

### **Solidarität ist nötig!**

Unterstützen Sie die Teilnahme Ihrer Kinder, Schülerinnen und Schüler und Studierenden an den Aktionen und Demonstrationen des Bildungsstreiks! Nehmen sie selbst teil und thematisieren Sie die Proteste in der Lehrerkonferenz, beim Elternabend oder am Arbeitsplatz! Nur gemeinsam kann der nötige Druck aufgebaut werden, um die Verantwortlichen tatsächlich zum Handeln zu zwingen!

Unterstützen Sie mit uns den Bildungsstreik 2009!

Weitere Informationen unter:

[www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)

[www.bildungsblog.mobi](http://www.bildungsblog.mobi)

**[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)**